



ÜBRIGENS...

Redaktionsschluss: 30.04.2017

GELDSEGEN FÜR AKTIENINVESTOREN

Es ist wieder soweit: Die europäischen Unternehmen schütten einen Großteil ihrer Gewinne an ihre Eigentümer, die Aktionäre aus. Gerade für den langfristigen Gesamterfolg von Aktieninvestments sind Dividendenzahlungen nicht zu unterschätzen. International machen sie rund die Hälfte der langfristigen Gesamterträge aus. In Europa sind Kursgewinne etwas wichtiger, aber auch hierzulande beträgt der Anteil der Dividendenzahlungen am Gesamtertrag rund 40 Prozent. Allein die 30 im Deutschen Aktienindex (DAX) enthaltenen Konzerne überweisen ihren Aktionären in diesem Jahr knapp 32 Milliarden Euro.

Zusammen mit den 80 anderen Unternehmen aus MDAX und TecDAX erhöht sich die Dividendensumme auf rund 43 Milliarden Euro. Es sind die Unternehmensgewinne 2016, die jetzt ausgeschüttet werden, sobald die Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften die Ausschüttungen beschließen. Wenn es so kommt, würde die Dividendensumme um rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr auf einen neuen Rekordwert steigen.

Hätte sich die deutschen Bundesbürger gleichmäßig an den börsennotierten Unternehmen ihres Landes beteiligt, würde jeder von ihnen jetzt ungefähr 525 Euro Gewinnausschüttung erhalten. Doch die Bereitschaft, in Aktien zu investieren, ist in Deutschland gering. Die börsennotierten deutschen Konzerne gehören mehrheitlich Ausländern; und so fließt auch der größere Teil der deutschen Dividenden ins Ausland.

Umgekehrt sollten deutsche Anleger ihrerseits über die deutschen Ländergrenzen investieren - gerade bei der Suche nach stetigen Dividenden. So zahlt beispielsweise der US-Pharmakonzern Eli Lilly seit 132 Jahren ununterbrochen Dividende. Internationale Streuung über verschiedene Branchen verringert die Risiken, von wirtschaftlichen Entwicklungen einzelner Länder oder Industrien abhängig zu werden.

Für Fondsmanager ist die Dividende zwar nur ein Aspekt bei der Auswahl von Aktien. Die Dividende gilt vielen als Ausdruck des inneren Wertes und damit der wirtschaftlichen Kraft von Unternehmen. Anders als viele Bilanzkennziffern lässt sich die Dividende nicht schönrechnen. So werde sie, zumindest auf Dauer, ein guter Gradmesser des Erfolges.

Weil stetige Dividendenzahlungen aber häufig mit guten Geschäftsmodellen und hoher Qualität des operativen Geschäfts einhergehen, finden sich gute Dividendenzahler nicht nur in Aktienfonds, die erklärtermaßen eine "Dividendenstrategie" verfolgen. So verwundert es auch nicht, dass Dividendenaktien langfristig besser abschneiden als Aktien, die keine Gewinnausschüttungen vornehmen. Gegenüber dem Marktdurchschnitt wird der Vorteil auf rund ein Prozent pro Jahr beziffert, gegenüber Aktien ohne Dividendenzahlung sogar auf rund zwei Prozent pro Jahr. Zudem fallen die Kursschwankungen geringer aus, wenn eine stetige Dividendenzahlung zu erwarten ist.

Wer als Aktieninvestor direkt oder indirekt regelmäßig Dividenden erhält, ist nicht allein auf Kursgewinne angewiesen. Im aktuellen Niedrigzins-Umfeld verschaffen allein die durchschnittlichen Dividendenrenditen Aktieninvestments einen Vorsprung vor klassischen Bank- und Sparanlagen. Die Zeit ist nicht Verbündeter der Zinsanleger, sondern der Aktionäre. [dc2]

GROßBRITANNIEN GEHT, FRANKREICH BLEIBT

Das überraschende Votum der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union im Juni vergangenen Jahres hatte die Börsen überrascht. Spätestens seitdem lasteten Sorgen um den Zusammenhalt der EU auf den Kapitalmärkten. Das Abdriften der Insulaner ist allerdings weitaus leichter für Europa zu verkraften als es eine Erschütterung des Kernlandes wäre. Deutschland und Frankreich bilden dieses Kerneuropa. So waren die Ängste vor einem Europa-feindlichen Votum bei den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich gewachsen. Auch wenn die absolute Stimmzahl für die Rechts-Populisten Wilders und Le Pen erschreckend hoch ausfielen, darf man doch von klaren Mehrheiten für Europa- und Euro-Befürworter ausgehen.

Auf den Sieg des Liberalen Emmanuel Macron bei der ersten Runde zur Wahl des neuen französischen Staatspräsidenten reagierten die Aktienbörsen mit einem Gewinnsprung. Der Deutsche Aktienindex (DAX) schaffte es darauf erstmals in seiner Geschichte über 12.400 Punkte. Der Leitindex verzeichnete einen Tagesgewinn von 3,4 Prozent. Sogar die Wall Street reagierte mit Erleichterung auf den Erfolg von Macron. US-Standardwerte verzeichneten gemessen am Dow-Jones und S&P-500 einen Tagesgewinn von 1,1 Prozent. An die Spitze der Kursgewinne setzten sich aber europäische Bankaktien, wo französische Finanzinstitute wie Société Générale, BNP Paribas und Credit Agricole Kurssprünge von rund acht Prozent machten. Der europäische Banken-Index legte 6,4 Prozent zu und diverse Analysten gaben Kaufempfehlungen für Banken der Euro-Zone im Allgemeinen und französische Geldhäuser im Besonderen.

Das alles zeigt, wie groß die Erleichterung ist, dass nicht die Euro-Ablehner von den Rändern des politischen Spektrums, Rechtsaußen Marine Le Pen und Linksaußen Jean-Luc Mélenchon, die Stichwahl um die Präsidentschaft untereinander ausmachen. So gilt ein Wahlsieg des pro-europäischen Emmanuel Macron als sicher.

Zuvor hatte die Ankündigung von Neuwahlen in Großbritannien schon Hoffnungen aufkommen lassen, die Briten würde ihren EU-Austritt noch einmal in Frage stellen. Tatsächlich sehen sich aber alle führenden Politiker an das Ergebnis des Referendums gebunden. Der Austritt aus der Europäischen Union wurde inzwischen auch formal eingeleitet. Und das Motiv der britischen Premierministerin May, Neuwahlen zum britischen Parlament für den 8. Juni anzusetzen, ist vielmehr eine erhoffte Stärkung ihrer konservativen Partei, um Rückhalt für die Austrittsverhandlungen mit Brüssel zu erhalten.

Denn nach dem ersten Schock erscheint die Rest-EU inzwischen zu harten Verhandlungen bereit. EU-Ratspräsident Donald Tusk gab das Motto vor: "Im Kern geht es um Schadensbegrenzung." Die Verhandlungsleitlinien der 27 verbliebenen EU-Staaten werden den Briten den EU-Austritt nicht leichtmachen. Dies beginnt schon bei der geforderten zeitlichen Abfolge der Verhandlungen. Anders als May fordert die EU zwei getrennte Phasen: Zuerst soll die Trennung geklärt werden, danach die künftigen Beziehungen. Damit würde die EU einen Hebel haben für eine gütliche Einigung in zwei zentralen Punkten: Klarheit und Rechtssicherheit für Bürger, Unternehmen, Betroffene und internationale Partner sowie die finanzielle Schlussrechnung, die auf bis zu 60 Milliarden Euro geschätzt wird.

Die EU dürfte den von London unbedingt gewünschten Zugang zum Binnenmarkt an Rechte für EU-Bürger in Großbritannien koppeln: Aufenthalt, Wohnrecht, Zugang zum Arbeitsmarkt, Sozialbezüge, Steuervorteile, Ausbildung, das Recht auf selbstständige Tätigkeit, die weitere gegenseitige Anerkennung bereits vorhandener Studienabschlüsse stehen auf der Wunschliste der Kontinentaleuropäer. Wer mindestens fünf Jahre in Großbritannien gelebt hat, soll ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bekommen. Und dieses solle "in einem einfachen und raschen Verfahren vergeben werden, das entweder keine Gebühren kostet oder nur so viel, wie auch Einheimischen für ähnliche Papiere abverlangt werden". Darüber hinaus will die EU einen Familiennachzug "zu jedem Zeitpunkt vor oder nach dem Austrittsdatum".

Ein zweiter Streitpunkt dürfte die finanzielle Abrechnung sein, weil den britischen Wählern ja erzählt wurde, der Brexit spare Geld. Tatsächlich wird das Gegenteil der Fall sein, denn die EU zeigt sich entschlossen: "Es sollte eine einzige finanzielle Vereinbarung mit Blick auf den Haushalt der Union und auf die Beendigung der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in allen Institutionen und Organisationen unter dem Dach der EU-Verträge geben", heißt es in den Verhandlungsleitlinien.

Gemeint sind damit unter anderem die Europäische Zentralbank, die Europäische Investitionsbank, der Europäische Entwicklungsfonds und das Budget zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei. Geklärt werden müssten Schulden, Folgekosten, Haushaltsverpflichtungen und "alle anderen Pflichten". Hinzu sollen

nach Vorstellungen der EU die Kosten für den Umzug der EU-Einrichtungen aus Großbritannien auf den Kontinent kommen.

Nun könnte man sagen, dies seien nur die Maximal-Wunschvorstellungen der EU, von denen schließlich in einem Kompromiss wenig übrigbleiben dürfte. Doch die EU befindet sich in einer stärkeren Verhandlungsposition. Erst in Phase zwei käme auf den Verhandlungstisch, was für die britische Volkswirtschaft viel wichtiger als für die EU ist: der Zugang für britische Exporte zum EU-Binnenmarkt. Dahinter steht die Idee, dass London bei den Verhandlungen erst den Konditionen der Trennung zustimmen muss, bevor ein Freihandelsabkommen thematisiert wird: "Der Europäische Rat wird die Fortschritte genau beobachten und feststellen, wann ausreichender Fortschritt erzielt wurde, um den Eintritt der Verhandlungen in die nächste Phase zu erlauben", heißt es in den Leitlinien.

Für die britische Volkswirtschaft wäre ein "harter" EU-Austritt ohne Anschlussregelung ein wirtschaftliches Desaster, würde doch der wichtigste Exportmarkt wegbrechen. Seinerseits mit hohen Zöllen auf EU-Importe zu drohen, greift dagegen kurz, hätte man doch zunächst wenig Alternativen zu den Einfuhren aus der EU, die sich damit allerdings deutlich verteuern würden. Eine weitreichende wirtschaftliche Entflechtung wäre für Großbritannien schwieriger und teurer als für die EU, davon ist man auch in Brüssel überzeugt.

Wie sagte doch EU-Ratspräsident Tusk: "Die EU wird nicht auf Bestrafung abzielen. Der Brexit selbst ist Strafe genug."

Anleger dürfen sich unterdessen über den Zusammenhalt der Kontinentaleuropäer freuen. Die lange auf den europäischen Börsen lastenden politischen Sorgen treten jetzt in den Hintergrund. Damit dürfte internationales Kapital an die europäischen Kapitalmärkte zurückkehren und Spielraum für weitere Kursanstiege schaffen. [dc2]

SORGE UM DIE ALTERSVORSORGE?

Ohne zusätzliche private Vorsorge steht vielen Bundesbürgern im Alter eine spürbare finanzielle Verschlechterung bevor. Die Möglichkeiten, den Ruhestand zu genießen, werden dann selbst bei guter Gesundheit eingetrübt. Doch das Thema wird gerne verdrängt. Vor dem Erreichen des 40. Lebensjahrs erscheint das Thema "Altersvorsorge" den meisten noch zu weit in der Zukunft zu liegen; nach Vollendung des 55. Lebensjahrs wird die Zeit für eine private Vorsorge knapp. Unlängst lieferte eine Studie des Sinus-Institutes im Auftrag des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft neue Zahlen dazu.

Fast die Hälfte der befragten Bundesbürger zwischen 40 und 55 Jahren gab zur eigenen Finanzlage im Alter von 75 an, nicht zu wissen, wie sie sein wird, oder eine mittlere Lage zu erwarten. Immerhin mehr als ein Drittel geht dann von einer schlechten Finanzlage aus und nur jeder vierte dieser Altersgruppe schätzt seine finanzielle Lage im fortgeschrittenen Alter als gut oder sehr gut ein, wobei sich diese positiven Einschätzungen weniger auf einen Grundoptimismus als auf eigene Vorsorge stützen.

Die Studie fragte nicht nur nach der erwarteten finanziellen Lage, sondern auch nach den Lebensbereichen Gesundheit und soziale Kontakten. Nur 18 Prozent der Befragten blicken demnach optimistisch auf ihr Alter und haben keine oder nur wenig Sorgen in allen drei Bereichen. Dagegen erwarten 26 Prozent insgesamt große Probleme im Alter, weil sie bei zwei oder sogar allen drei Themen größere Probleme erwarten. Die Ursachen der zukünftigen Probleme werden dabei durchaus auch im eigenen Verhalten in der Gegenwart gesehen: Wer wenig körperlich aktiv ist, macht sich laut der Umfrage tendenziell eher Sorgen um seine Gesundheit. Wer sich nicht um Freunde und Familie kümmert, fürchtet Einsamkeit im Alter. Wer nicht spart oder sparen kann, bangt um seine finanzielle Situation.

44 Prozent der Bundesbürger zwischen 40 und 55 haben Angst vor dem Älterwerden. Bei 19 Prozent trifft das nach eigenen Angaben überhaupt nicht zu, bei 37 Prozent eher nicht. So oder so: Die Studie zeigt auch, dass sich weniger Sorgen machen muss, wer heute schon vorsorgt. [dc2]

WER HAT ANGST VOR DER VOLATILITÄT?

"Niemand"! "Und wenn sie kommt?" "Dann laufen wir"!

Na, hoffentlich nicht. In Anlehnung an ein altes Kinderspiel, in dessen Mittelpunkt der "böse Wolf" steht, sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass Schwankungen an den Börsen dazu gehören.

Die sogenannte Volatilität ist die zahlenmäßige Erfassung von Kursschwankungen. Dies kann entweder im Nachhinein erfolgen, wenn man auf die Kursentwicklung eines vergangenen Zeitraums zurückblickt. In diesem Fall ist die Volatilität nichts anderes als die Standardabweichung, ein statistisches Maß für die durchschnittlichen Abweichungen vom Mittelwert.

An den Börsen kann aber auch die zukünftige Volatilität berechnet werden, zumindest die Volatilität, die für die nähere Zukunft erwartet wird. Diese sogenannte "implizite Volatilität" wird aus den Prämien an den Optionsmärkten berechnet. Sind die Investoren und Spekulanten bereit, dort höhere Prämien, gleichsam höhere Versicherungsprämien, zu bezahlen, erwarten sie höhere Kursschwankungen und die implizite Volatilität steigt. Genau das ist seit März an den Aktienmärkten geschehen.

Die so berechneten Volatilitätsindizes wie V-DAX oder V-STOXX, die man als in die Zukunft gerichtete Nervositätsbarometer verstehen darf, zeugen davon, dass immer mehr Investoren ein Absicherungsbedürfnis haben oder bereit sind, auf höhere Kursschwankungen zu spekulieren.

Gründe für die Nervosität gibt es sicher viele: die politische und ökonomische Unberechenbarkeit der "America-First-Politik", den Nachhall der Zinswende in den USA, mögliche Auswirkungen des europäischen Superwahljahres für den Fortbestand der EU oder einfach nur den Umstand, dass die Aktien-Hausse nun schon in ihr neuntes Jahr geht. Wie sagte es ein Fondsmanager unlängst so schön: "Aktien sind im aktuellen Niedrigzinsumfeld vielleicht alternativlos, aber sicherlich nicht risikolos"!

Alles richtig und trotzdem kein Grund für hektischen Aktionismus. Wer jetzt verunsichert Gewinne mitnehmen oder Investitionen zurückstellen will, muss für sich zwei schwere Fragen beantworten. Erstens: Wohin damit? Zinsanlagen haben weiterhin ein schlechteres Rendite-Risiko-Verhältnis. Das Geld würde also unverzinst "geparkt", um auf bessere Gelegenheiten oder Zeiten zu warten. Und damit sind wir bei der zweiten Frage: Wann ist ein besserer, um nicht zu sagen, der richtige Zeitpunkt, wieder einzusteigen? Der Kursanstieg in Reaktion auf den ersten Wahlgang zur französischen Präsidentschaft zeigt, dass gerade die Anlässe, vor denen Investoren Angst haben, auch die Chance auf weitere Kursgewinne bieten.

Timing-Versuche sind schwierig und kosten die meisten Privatanleger langfristig Geld. Wer mit Gewinn aussteigt, hat diesen "Buchgewinn" zwar realisiert, gibt aber auch die Chance auf weitere Gewinne auf. Oft wartet man vergeblich auf den Kursrückgang, um bei niedrigeren Kursen wieder "einzusteigen".

Kursschwankungen als solche sind nicht verwerflich und gehören zum Börsenspiel dazu. Mal sind sie kleiner, mal größer. Grund genug, breit zu streuen, mit langfristigen Anlagehorizonten zu planen, regelmäßig Beträge zu investieren und sich nicht von der kurzfristigen Nachrichtenlage verunsichern zu lassen. [dc2]

Mit freundlichen Grüßen



Fred und Steffen Nowicki

Wenn Sie nähere Informationen zu den angesprochenen Themen wünschen, wenden Sie sich bitte an Ihren Berater:
secumed Finanzdienstleistungsgesellschaft mbH
Fred und Steffen Nowicki
Prellerstraße 48
04155 Leipzig
info@secumed-leipzig.de
03 41 - 5 89 43 40
03 41 - 5 89 43 43

Die Übrigens... erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Ettore-Bugatti-Str. 6-14, 51149 Köln. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite www.investmentredaktion.de/redaktion wiederfinden lassen. Die Inhalte der Übrigens... dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf- oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der Übrigens... oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der Übrigens... (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden.

Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2008 Drescher & Cie GmbH